Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 272. Sonntag den 29. September 1889. 83. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Für den Termin Michaelis dieses Jahres sind **vier Ausstattungsstipendien** im Betrage von 77 ℳ 25 ₰, 67 ℳ 58 ₰, 40 ℳ 64 ₰ und 40 ℳ 56 ₰ an hiesige, arme, unbescholtene Bürgerstöchter, deren Verheirathung in die Zeit von Michaelis vorigen Jahres bis Michaelis dieses Jahres fällt, von uns zu vergeben und sind schriftliche Gesuche darum unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerspflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie, was das eine nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiedekehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 56 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung bis zum 5. October dieses Jahres auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 11, einzureichen.

Leipzig, den 13. August 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Der **Bau einer Vorfluthschleuße für Schönefeld** soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 und und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **Herstellung einer Vorfluthschleuße für Schönefeld** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 12. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib 4544.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von granitenen Sohlstücken zur Schönefelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Lieferung von granitenen Sohlstücken zur Schönefelder Vorfluthschleuße"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib 4544.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von Schleußen- und Normalsteinen für die Schönefelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Lieferung von Schleußensteinen für die Schönefelder Vorfluthschleuße" versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib 4544.

Städtische Gewerbeschule.

Die Studien des Winterhalbjahres beginnen

Dienstag, den 1. October a. c.;

der Tagescursus früh 8 Uhr, die Abendcurse um 6 bez. 7 Uhr.

Aufnahmen in die Gewerbeschule nach Maßgabe von §. 4 der Schulordnung können wegen Mangels an Platz nur ausnahmsweise noch stattfinden.

Zur mündlichen Auskunftsertheilung ist der Unterzeichnete Sonntag, den 29. September, Vorm. von 11—12 Uhr im Schulgebäude bereit.

Leipzig, den 18. September 1889.

Der Director:
Dr. Ludw. Rieper.

Schule zu Volkmarsdorf.

Wir haben beschlossen, Ostern 1890 in dem neu zu erbauenden Schulhause eine erweiterte Bürgerschule mit obligatorischem französischen Sprachunterrichte nach dem Muster der Leipziger zu errichten. Das Schulgeld soll für jedes Kind jährlich 18 ℳ betragen. Eltern und Pfleger, welche gesonnen sind, Kinder in diese Schule zu schicken, werden gebeten, dieselben in der Zeit vom 14. bis zum 26. October im Schullocale anzumelden. Es werden solche Anmeldungen entgegengenommen täglich von ½10 bis 11 Uhr Vorm., außerdem Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Nachmittags von 1 bis 3 Uhr.

Der Schulvorstand. J. A.: Sebillon, Schriftführer.

Bekanntmachung.

Nachdem die Auspfarrung des hier neu zu begründenden Lutherkirchspieles aus der hiesigen Thomas- beziehentlich Matthäiparochie vom Evangelisch-lutherischen Landesconsistorium genehmigt worden ist, bringen wir als Collator und Patron über die hiesige Lutherkirche als zukünftige Parochialkirche das an derselben zu errichtende **Pfarramt** und **Diakonat** zur Ausschreibung. Ersteres ist mit **6000 ℳ**, letzteres mit **3600 ℳ jährlichem Gehalte** ausgestattet. Außerdem wird dem Pfarrer ein **jährliches Wohnungsgeld von 1200 ℳ** und dem Diakonus **ein solches von 720 ℳ** gewährt werden.

Bewerbungsgesuche sind mit Zeugnissen bis

zum 15. October l. J.

bei uns einzureichen.

Leipzig, den 7. September 1889.

Ia. 6662/1375 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und das Verlegen zweier eiserner Duckerrohre unter der Parthe in der Nähe des Parthenschlößchens für die Schönefelder Vorfluthschleuße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, **Rathhaus, 2. Stockwerk**, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der **Aufschrift: Lieferung und Verlegen eiserner Duckerrohre für die Vorfluthschleuße in Schönefeld** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 8. October 1889 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 25. September 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.
Ib. 4544.

Bekanntmachung.

Die anderweit umgearbeitete Sparcassen- und Leihhausordnung der Stadt Leipzig vom 1. Februar 1889 ist von dem Königlichen Ministerium des Innern laut Urkunde vom 31. Mai d. J. bestätigt worden.

Wir bringen dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß einige Exemplare dieser Ordnung vom 1. October d. J. ab zu Jedermanns Einsicht in unserer Muntiatur, sowie in der Buchhalterei und Hauptcasse des Leihhaus- und Sparcassengebäudes ausliegen werden und daß die betr. Ordnung mit dem 1. Januar 1890 in Kraft tritt.

Von denjenigen Einlegern, welche bis dahin wegen Zurücknahme ihrer Einlagen sich nicht melden, ist nach den bestehenden Statuten anzunehmen, daß sie mit der neuen Ordnung einverstanden sind.

Leipzig, am 27. September 1889.

Ia. 4227/1000. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Straßensperrung.

Der **Windmühlenweg** wird wegen Macadamisirungsarbeiten zunächst auf der Strecke vom Bayerschen Platz bis zur Johannisallee vom 30. dieses Monats ab für die Dauer dieser Arbeiten für **allen Fahrverkehr gesperrt.**

Nach Herstellung und Freigabe des erwähnten Theils greift die Sperrung sodann auf dem zwischen Johannisallee und der Flurgrenze mit Thonberg gelegenen Tracte in derselben Weise Platz.

Leipzig, den 28 September 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 6729. Dr. Georgi. Werthgen, Ref.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die im Flur-Grundbuche von Köpen, Band I, Blatt 40, auf den Namen des Gutsbesitzers **Friedrich Locher** und dessen Ehefrau **Wilhelmine** geborene Meißner zu Wahlitz eingetragenen, in der Flur Köpen belegenen Grundstücke, nämlich:

1) Plan 22a, 9 a 60 qm Acker von 6.78 ℳ Reinertrag und
2) Plan 22b, 5 ha 29 a 40 qm Acker von 238,83 ℳ Reinertrag

am 15. November 1889, Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte an Gerichtsstelle in unserem Terminszimmer versteigert werden.

Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorgiht, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgelds gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird **am 19. November 1889, Vormittags 9 Uhr** an Gerichtsstelle verkündet werden.

Hohenmölsen, den 23. August 1889.

Königliches Amtsgericht.

Offene Schutzmannsstelle.

Bei dem unterzeichneten Gemeinderathe ist die neu errichtete Stelle eines zweiten Schutzmannes, mit welcher ein jährlicher Gehalt von 800 ℳ und 80 ℳ Bekleidungsgeld verbunden ist, **am 1. November dieses Jahres** zu besetzen.

Geeignete, nur gut empfohlene Bewerber energischen Charakters, welche beim Militair gedient und daselbst mindestens den Unterofficiersgrad erlangt haben, wollen ihre Gesuche unter Beifügung von Zeugnissen bis

zum 6. October 1889

anher einreichen.

Lausch bei Leipzig, den 26. September 1889.

Der Gemeinderath.
Th. Uhlig.

Sonnabend, den 5. October, Vormittags 9 Uhr findet auf dem Hofe der Pleißenburg die

öffentliche Versteigerung
von 55 brauchbaren Musik-Instrumenten hoher Stimmung
statt.

Leipzig, den 28. September 1889.

Königliches 8. Infanterie-Regiment „Prinz Johann Georg" Nr. 107.

Die Ereignisse in Serbien.

Trotz aller Ergebenheitsversicherungen der serbischen Regentschaft für Oesterreich treiben die Zustände in Serbien mehr und mehr der Entfremdung von Oesterreich und der Annäherung an Rußland zu. Die Abdankung Milan's erweist sich als durchaus verfehlt, um in Serbien bessere Zustände anzubahnen, die russische Agitation beherrscht das Land und die Regentschaft hat nicht die Kraft, vielleicht auch nicht den Willen, sich dem russischen Einfluß zu entziehen. Die Rückkehr des Metropoliten Michael war der erste entscheidende Schritt auf dem Wege, der Serbien Rußland in die Arme führt, die Salbung des jungen Königs Alexander im Beisein des russischen Gesandten Persiani war die zweite Etappe und die Ankunft der Königin Natalie in Belgrad vollendet das mit der Abdankung Milan's begonnene Werk der Zerstörung. Dem König Milan wird die Absicht zugeschrieben, seinen Sohn aus Serbien zu entführen, um ihn dem Einfluß seiner Mutter zu entziehen. Der Unsinn dieser Meldung liegt auf der Hand, denn die Ausführung dieses Planes wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht des Hauses Obrenowitsch auf die Herrschaft über Serbien. Ein anderes Gerücht schiebt den Radicalen, welche über die Mehrheit in der neu gewählten Skupschtina verfügen werden, die Absicht unter, Milan aus Serbien zu verbannen.

Man ersieht aus diesen Gerüchten wie aus der ganzen Sachlage, daß Milan nichts Thörichteres thun konnte, als abzudanken, er mag damit mannigfachen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gegangen sein, der Dynastie Obrenowitsch hat er dadurch keinen Dienst erwiesen, sondern nur einem unmündigen Knaben eine Last auferlegt, die er nicht zu tragen vermag. Als König konnte Milan die Rückkehr seiner von ihm geschiedenen Gemahlin nach Belgrad verhindern, als machtloser Privatmann, der seine Befugnisse an eine Regentschaft abgetreten hat, kann er das nicht, er ist auf einen aussichtslosen Kampf mit der Königin Natalie angewiesen, welche unter dem Schutze der russischen Agitatoren mit dem Gesandten Persiani an der Spitze steht. Der eigentliche Herr Serbiens ist von jetzt ab der Kaiser Alexander, der Pathe des Königs Alexander und der Beschützer der Königin Natalie. Das ist das Endergebniß der Abdankung Milan's.

Der erste Schritt zur Vernichtung der politischen Selbstständigkeit Serbiens ist mit der Ankunft der Königin Natalie gethan und es fällt nur wenig ins Gewicht, wenn sie, wie man ihr zuschreibt, der Politik fern bleiben will. Die Form, in welcher sie ihren Einfluß in Belgrad zur Geltung bringen will, ist die Eröffnung ihrer Salons für Gesellschaftsabende, um über die öffentliche Meinung stets unterrichtet zu sein. Die Vergangenheit der Königin macht es unmöglich, daß diese Gesellschaften des politischen Charakters entbehren, sie werden den Mittelpunct der russischen Ränke bilden.

Die unausbleibliche Folge der in Serbien eingetretenen Veränderung ist die Verschlechterung der Beziehungen zu Bulgarien und eine Annäherung an das russenfreundliche Montenegro. Daß dadurch auch die Dynastie Obrenowitsch gefährdet sein würde, scheinen Regentschaft, Königin und Mehrheit der Skupschtina außer Acht zu lassen, die Verwirrung in Serbien hat bereits einen so hohen Grad erreicht, daß alle maßgebenden Personen dort entweder den Kopf verloren haben, oder mit sehenden Augen ins Verderben zu rennen entschlossen sind. Was Serbien unter russischem Joch zu erwarten hat, ließ sich schon zur Zeit des letzten russisch-türkischen Krieges erkennen. Damals hatte Serbien die Kastanien für Rußland aus dem Feuer geholt und wurde dafür ebenso schlecht belohnt wie Rumänien, welches den Sieg bei Plewna entschieden hat. Nach russischer Auffassung stehen die Balkanstaaten sämmtlich unter russischer Schutzherrschaft, und wenn sie glauben, ihrer Neigung zur Selbstständigkeit folgen zu dürfen, so gerathen sie in Feindschaft mit Rußland. Bulgarien hat es erfahren, was es heißt, sich von Rußland unabhängig zu machen, Fürst Alexander mußte weichen trotz seines Sieges über Serbien, und Prinz Ferdinand von Coburg harrt jetzt schon über zwei Jahre vergeblich auf seine Bestätigung durch die Unterzeichner des Berliner Friedens.

Serbien kann seine Selbstständigkeit nur retten, wenn es sich mit Oesterreich-Ungarn gut stellt. Was der mächtige Schutz dieses Reiches für Serbien zu bedeuten hat, ist ihm im Jahre 1886 klar geworden, als der Vertreter Oesterreichs dem siegreichen Fürsten Alexander von Bulgarien erklärte, daß er bei weiterem Vordringen auf österreichische Truppen stoßen würde. Aus dieser Erklärung ließ sich entnehmen, daß auch Oesterreich-Ungarn die Selbstständigkeit der Balkanstaaten nach seiner Weise interpretirt, denn eigentlich war die Hülfe, welche Oesterreich Serbien in seiner Noth angedeihen ließ, ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht Bulgariens. Heute stehen Oesterreichs Sympathien auf bulgarischer Seite. Das sind Wandlungen, deren unbefangene Beurtheilung einer späteren Zeit vorbehalten bleibt.

Unter dem Gesichtspuncte der Ereignisse, welche sich in Serbien theils schon vollzogen haben, theils in der Entwickelung begriffen sind, gewinnen die neuesten Truppenansammlungen an der russisch-österreichischen Grenze eine erhöhte Bedeutung. Aus Meldungen, welche der „Neuen Freien Presse" aus Podwolczyska zugegangen sind, hat Rußland seine Truppen allein an der Nordostgrenze Oesterreichs um ein Cavalleriecorps und um eine Infanteriedivision verstärkt und ist damit beschäftigt, an der ganzen Grenze Beobachtungsthürme zu errichten. Das sieht einer Herausforderung sehr ähnlich, und es kann nicht ausbleiben, daß Oesterreich-Ungarn diese Maßregeln durch Gegenmaßregeln beantwortet. Rußland ist noch niemals um Gründe für militairische Bewegungen in Verlegenheit gewesen und wird auch solche für die neuesten Truppenanhäufungen an der Grenze bei der Hand haben, das kann aber über den Ernst derselben nicht täuschen.

Die Denkschrift des Generalstabschefs Obrutschew spricht von einer Bewegung im Westen Europas, welche in einigen Jahren den Krieg unvermeidlich machen werde, diese Bewegung hat aber im Osten Europas ein Gegenstück, welches Obrutschew absichtlich verschweigt. Es ist die Frage, ob die Rüstungen Frankreichs gefährlicher für den Frieden sind, als die Agitation Rußlands in den Balkanstaaten und die Truppenansammlungen an der österreichischen Grenze. Oesterreich-Ungarn hat Rußland gegenüber die größte Zurückhaltung an den Tag gelegt, es ist aber kaum anzunehmen, daß es über die neuesten Ereignisse in Serbien mit Stillschweigen hinweggehen wird. Die Rückkehr der Königin Natalie nach Belgrad kann kaum als eine innere Angelegenheit Serbiens betrachtet werden, und demgemäß wird auch Oesterreich-Ungarn von der serbischen Regentschaft Aufklärungen verlangen, in welcher Weise sie etwaigen Uebergriffen der Königin Natalie auf das politische Gebiet entgegen zu treten gedenkt. Beim Zusammentritt der neugewählten Skupschtina bietet sich Gelegenheit, die politische Lage Serbiens darzulegen und die Absichten der Regentschaft zu erkennen. Das Land geht großen Aufregungen, vielleicht einer Umwälzung entgegen, es muß früher oder später zu einer Auseinandersetzung der Freunde und Gegner Rußlands kommen, und dann muß es sich zeigen, wie sich die Mehrheit der Volksvertretung zu der herrschenden Verwirrung stellt. Ein Knabe ist offenbar nicht dazu geeignet, in Serbien Ordnung zu schaffen, eine von russischem Einfluß beherrschte Frau ebenso wenig und eine Regentschaft, die im russischen Fahrwasser treibt, am wenigsten.

Leipzig, 29. September.

* Der **preußische Landtag** wird, wie man hört, auch in diesem Winter wieder kurz vor dem verfassungsmäßigen Termin, 15. Januar, einberufen werden. Die Vorlegung eines Steuerreformgesetzes in der nächsten Session gilt für sehr unwahrscheinlich.

* **Zur kirchenpolitischen Lage in Preußen** wird officiös geschrieben:

Bekanntlich ist die Beseitigung derjenigen Unzufriedenheit, welche die staatskirchlichen Wirren in einem großen Theil der katholischen Bürger Preußens hervorgerufen hatte, ein schwerer Stein des Anstoßes für den intransigenten Klerikalismus, in welchem sich zugleich die erbittertste Gegnerschaft gegen das Reich und den preußischen Staat, wie gegen die beiden gemeinsame staatserhaltende Politik verkörpert. Vor seinem Mittel, vor seiner Berechtigung wird zurückgeschreckt, um etwa noch glimmende Funken der Unzufriedenheit zu neuem Feuer wieder anzufachen, denn ohne Unzufriedenheit fehlen dem klerikalen Intransigententhum die Existenzbedingungen. Je krampfhafter jene Verdächtigungs- und Verhetzungsversuche werden, um so mehr darf geschlossen werden, daß diesen Widersachern einer Staatskirchenpolitik, welche erst nach schwerem Kampfe die richtige Mittellinie zwischen überwundenem Preisgeben und allzu scharfer Betonung der Rechte des Staates zu gewinnen vermochte, die Lebensluft auszugehen beginnt. Nach dieser Richtung, wie in Bezug auf Grund und Methode des von jener Seite beliebten Verdächtigungssystems ist die Behandlung charakteristisch, welche die bevorstehende Eröffnung des Klerikalseminars in Posen und die staatliche Anerkennung desselben als einer zur Vorbildung der Geistlichen geeigneten Anstalt seitens der „Germania" erfährt. Statt der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es nach längerer Verhandlung gelungen ist, diejenigen staatlichen Interessen, um deren Willen der Gesetzgeber im Jahre 1886 die Errichtung dieses Seminars besonderer königlicher Entscheidung vorbehielt, mit den katholisch-kirchlichen Interessen in Einklang zu bringen, schließt sie ihre Aeußerung mit folgenden Worten:

„Die Bekanntmachung, daß „das bezeichnete Seminar zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen geeignet ist", entspricht dem vorletzten Absatz des §. 2 des Gesetzes von 1886, welcher lautet: „Der Minister der geistlichen Angelegenheiten macht die zur wissenschaftlichen Vorbildung geeigneten Seminare öffentlich bekannt". Und so wäre denn diese Ausnahmestellung Posen-Pelplins beseitigt, würde wieder aus einer Culturkampfruine neues Leben erwachsen: aber ob man sich gründlich darüber freuen kann, wird man erst dann wissen, wenn bekannt ist, welche Bedingungen bezüglich der Berufung der Lehrer und bezüglich der Staatsaufsicht über das Seminar der Herr Erzbischof hat eingehen müssen, um die Eröffnung des Seminars endlich zu erreichen!"

Man traut seinen Augen kaum, wenn man Derartiges liest! Der Staat erfüllt einen dringenden Wunsch der katholischen Kirche; die Bedingungen, welche er im staatlichen und deutsch-nationalen Interesse stellen muß, sind von dem Erzbischof, dem berufenen Organ der katholischen Kirche, angenommen. Gleichwohl muß auch hier der Sorge der Verdächtigung, und zwar nicht gegen den Staat allein, sondern in gleicher Weise gegen den Bischof ausgestreut werden. Es gewinnt nach diesem Beispiel die aus anderen Vorgängen herzuleitende Annahme an Kraft, daß der klerikalen Demokratie die bischöfliche Autorität wohlan ebenso verhaßt ist, wie die staatliche, sofern sie sich nicht zum Sturmbock gegen die letztere mißbrauchen läßt.

* Der Rückkehr des Finanzministers von Scholz nach Berlin wird in den nächsten Tagen entgegen gesehen. Der baldige Rücktritt des Ministers scheint aber beschlossene Sache zu sein.

* Auch von den beiden letzten Wahlabtheilungen **Altenburgs** wurden zwei Männer in den Landtag gewählt, welche die Nationalliberalen alle Zeit mit Stolz zu den Ihrigen gerechnet haben. Es sind dies die Herren Oberbürgermeister Oßwald und Justizrath Hase. Zugleich geht uns aus dem Westkreise die Meldung zu, daß es in den dortigen Städten, die gemeinsam einen Wahlbezirk bilden, um die Sache des nationalen Liberalismus gut steht. Wenigstens lassen dies die bis jetzt vollzogenen Landtagswahlen schließen.

* In **Münchner ultramontanen Kreisen** hat die „Begeisterung" über den Katholikentag einer unbehaglichen Stimmung Platz gemacht, die nicht verbessert wird durch die Thatsache, daß das am 23. d. von den „15 000 Theilnehmern" des Katholikentages an S. K. H. den Prinzregenten abgesandte Huldigungstelegramm keine Antwort erhalten hat. Dagegen ist ein am gleichen Tage von einer Feuerwehrversammlung an den Prinzregenten abgeschicktes Huldigungstelegramm von der Geheimen Canzlei sofort dankend beantwortet worden. Zum Verwundern ist das Schweigen des Regenten schon aus dem Grunde nicht, weil die „Wache" der 15 000 Theilnehmer am Katholikentage bereits offenkundig, ja am selben Tage noch aufgedeckt worden ist. Man hat beim Druck der Theilnehmerkarten statt bei Nr. 1 gleich mit Nummer 4000 angefangen und bis 10 000 gedruckt. Dann ward eine Lücke von 4000 Nummern gemacht und von 14 bis 20 000 fortnumerirt. Es sind in der That blos 12 000 Karten gedruckt und diese nicht einmal abgesetzt worden. Gleichwohl unternahm es Fürst Löwenstein, an den Prinzregenten zu telegraphiren, daß 15 000 bayerische katholische Männer ihren Gruß und Huldigung entbieten. Das in katholischen Dingen gut informirte „Münchner Tageblatt" vermuthet aus dem gemäßigt katholischen Lager, daß das Ausbleiben der landesherrlichen Antwort auf jenes Huldigungstelegramm als ein bedrohliches Symptom aufgefaßt und befürchtet wird, daß der Katholikentag für die Veranstalter bittere Enttäuschungen im Gefolge haben werde.

* * *

* Die Wiener „Neue Freie Presse" schreibt:

Erst vor wenigen Tagen, am 21. d., haben wir eine uns von der russischen Grenze zugekommene Mittheilung veröffentlicht, wonach sechs russische Cavallerie-Regimenter in